



Sehr geehrte Abonentinnen und Abonenten,

Ihre Meinung ist uns sehr wichtig!

Wir laden Sie herzlich ein, an einer kurzen Umfrage zu unseren Newslettern teilzunehmen.

[Hier](#) gelangen Sie zum Fragebogen.

1. Schuleingangsuntersuchungen
2. Aktuelle Situation wohnungsloser Menschen in Rheinland-Pfalz
3. Tätigkeitsbericht zum Datenschutz 2019

1. Schuleingangsuntersuchungen

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der CDU

- [Drs. 17/14120](#) -

Vgl. [Themen der Woche 17/155 vom 03.12.2020](#)

Aufgrund der **Kommunalisierung der Gesundheitsämter** wird die Schuleingangsuntersuchung in den Gesundheitsämtern Rheinland-Pfalz landesweit **nicht vollständig einheitlich** durchgeführt, so die Landesregierung. Der landesweite Datensatz im Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz (LIS) speise sich aus den von den rheinland-pfälzischen Gesundheitsämtern regelmäßig einmal jährlich an das Statistische Landesamt übermittelten Daten. Für die landesweite Vergleichbarkeit der Daten würden die Teildiagnostiken der Schuleingangsuntersuchung im LIS in Kategorien gebündelt und dargestellt.

Mit den Einschulungsuntersuchungen für das Schuljahr 2015/2016 erfolgte die Einführung des standardisierten **Sozialpädiatrischen Entwicklungsscreenings – SOPESS** – in Rheinland-Pfalz. Mit SOPESS werde der Entwicklungsstand der Kinder in schulrelevanten Teilleistungsbereichen (z.B. selektive Aufmerksamkeit, Körperkoordination, Sprache) erfasst. SOPESS sei ausschließlich für den Einsatz im Rahmen der schulärztlichen Untersuchung entwickelt worden. Das Screening sei so angelegt, dass Kinder, die medizinisch relevante Entwicklungsauffälligkeiten aufweisen, von der Schulärztin/dem Schularzt

noch differenzierter und damit besser erkannt werden könnten.

2. Aktuelle Situation wohnungsloser Menschen in Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf
eine Kleine Anfrage
- [Drs. 17/13737](#) -

Gerade während der aktuellen Corona-Pandemie ist es für kommunale Einrichtungen in der Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe eine Herausforderung, Betroffene im Bedarfsfall geeignet unterzubringen oder diese pandemiebedingt zu isolieren. Dies erklärt die Landesregierung in ihrer Antwort. Soweit es erforderlich sei, würden die **Anzahl der Unterbringungsmöglichkeiten in den Kommunen ausgeweitet**. Hierfür würden auch alternative Formen, wie die Unterbringung in Hotels oder Jugendherbergen, organisiert.

Auch das **Aufstellen von Wohncontainern** könne eine geeignete humanitäre und niedrigschwellige Hilfe sein, um die Unterbringung der Betroffenen während der Wintermonate bis zum Frühjahr auch unter Corona-Bedingungen sicherzustellen. Aktuell stünden für die Kommunen **Mittel für Schaffung und Unterhaltung solcher Angebote für sieben Standorte in Rheinland-Pfalz** zu Verfügung. Übernommen würden hier 100 Prozent der Ausgaben bis zu einer maximalen Höhe von 35 000 Euro. In Betracht kämen insbesondere Standorte, wo es besonders viele Betroffene gebe (z.B. Städte und Ballungsräume). Die Landesunterstützung sei nur temporär und als zusätzliches Angebot aufgrund der aktuellen Lage geplant.

3. Tätigkeitsbericht zum Datenschutz 2019

Unterrichtung durch den
Landesbeauftragten für den
Datenschutz und die
Informationsfreiheit

- [Drs. 17/14174](#) -

Das Jahr 2019 stand noch ganz im Zeichen der Neuerungen durch die Datenschutz-Grundverordnung, die am 25. Mai 2018 in Kraft getreten war, heißt es im Bericht.

So sei eine Vervier- bzw. Verfünffachung der Anzahl der Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf mögliche Verletzungen des Datenschutzes eingetreten. So gab es im **privaten Bereich** im Jahr 2019 insgesamt **611 Beschwerden**. Zudem wurden in 275 Fällen **Datenpannen** gemeldet. Im **öffentlichen Bereich** gab es 269 Beschwerden und 44 gemeldeten Datenpannen.

Im Jahr 2019 sprach der Datenschutzbeauftragte in 27 Fällen eine Verwarnung aus. 19 Beanstandungen wurden ausgesprochen, 10 Geldbußen und 3 Zwangsgelder verhängt.

Die **Aufgaben des Datenschutzbeauftragten** sind vielfältig, erstrecken sich von der Zusammenarbeit mit anderen Aufsichtsbehörden auf europäischer sowie nationaler Ebene über die Themen Sicherheit und Justiz bis hin zur Videoüberwachung und dem digitalen Leben insgesamt.